

21. März 2017:

Internationaler Tag gegen Rassismus

Kundgebung an der Rudower Spinne

Beginn: 17 Uhr

**Rassismus
jeglicher
Art
offensiv
entgegentreten!**



Unterzeichner:

DGB-Kreisverband Neukölln

ver.di, Bezirk Berlin

ver.di, Bezirk Berlin – Ortsverein Südost

ver.di, Bezirk Berlin – Ortssenor*innen Neukölln

Bündnis Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt

Anwohner*inneninitiative *Hufeisern gegen Rechts*

Aktionsbündnis *Rudow gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*

Initiative *Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus*

***Die Falken* Neukölln**

Jusos Neukölln

VVN-BdA Neukölln

Galerie Olga Benario

Drei Zeitungsmeldungen an einem Tag im Februar 2017:

- **173 antisemitische Straftaten, die meisten aus der rechtsextremen Szene, wurden von der Polizei im Jahr 2016 erfasst.**

- **Online-Portal „Migrantenschreck“ geschlossen! Staatsanwaltschaft ermittelt wegen illegalen Schusswaffenhandels.**

Im letzten Jahr wurden nach Polizeiangaben über 300 Schusswaffen über den Online-Shop verkauft, davon eine erhebliche Anzahl nach Berlin. Bei der Durchsuchung des Lagers fand die Polizei weitere 40 versandfertige Pistolen und Gewehre unterschiedlichen Kalibers. Als Werbung verbreitete der Betreiber Gerüchte über angebliche Gewalttaten, die Flüchtlinge und andere Einwanderer begangen haben sollen, und warb, mit ihren Waffen könne man verhindern, "dass Ihre Stadt zum gesetzlosen Tummelplatz von Asylforderern wird". Fast ein Jahr lang schürte "Migrantenschreck" Angst vor Ausländern und machte diese Angst zu Geld. Im Unternehmensregister ist der Thüringer Mario Rönsch als Inhaber und Betreiber eingetragen. Rönsch fungierte als Anmelder der Erfurter Pegida-Demonstrationen. Mittlerweile ist er untergetaucht, vermutlich in Ungarn.

- **Bundeskriminalamt warnt vor Gefahr durch rechte Gewalt – vor allem Flüchtlingsunterkünfte sind betroffen.**

Die Zahl der rechten Straftäter stieg im vergangenen Jahr um mehr als 50 Prozent, 970 Gewaltübergriffe erfolgten auf Flüchtlingsunterkünfte. Hinzu kommen mehr als 200 weitere Körperverletzungen an anderen Orten.

Aber nicht nur Flüchtlinge sind von Hass und Gewalt betroffen, sondern auch deutsche Bürger*innen, die sich öffentlich gegen die Parolen und die kriminellen Umtriebe der rechten Szenerie wenden.

Seit Beginn dieses Jahres wurden in Südneukölln vier Autos von Neuköllner*innen in Brand gesetzt, die der zunehmenden rassistischen Propaganda von Neonazis und Rechtspopulisten der AfD in Neukölln entgegengetreten sind.

Wer sind die Menschen, vor denen Nazis, AfD-Funktionäre und andere Rechtspopulisten Angst schüren?

3 Beispiele:



Harri Stojka, Jazz-Gitarrist¹

»Wie es ist, Rom zu sein, weiß niemand, der nicht selbst Rom ist. Es ist anders: Du wirst immer erkannt und geoutet. (...) Dann heißt es: »Dort sind die Zigeuner, die Unordnung, das Stehlen und der Schmutz.«

(...) Mein Vater hat Auschwitz-Birkenau überlebt. Das Z in der Tätowierung auf seinem Arm steht für Zigeuner. Ich hasse das Wort.«

»Ich bin es gewohnt, dass mich andere einordnen, zuordnen, manchmal bestimmten Bildern unterordnen. Ich wünsche mir mehr Menschen, die den Versuch wagen, die bestehenden Machtverhältnisse zu verändern – egal, ob sie selbst von Rassismus betroffen sind oder nicht.«

Hadija Haruna-Oelker, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD)²



Yasser Dabour mit seinen Kindern, Flüchtlinge aus Syrien³

»Auf der Suche nach Sicherheit habe ich Syrien verlassen (...). Krieg und Tod brachten mich auf die Suche nach einem Ort, an dem Menschen mich respektieren würden, an dem ich die Möglichkeit habe, mit meiner Familie ein freies Leben zu leben. (...)«

¹ Foto: Archiv M. Sinn

² Foto: Privatbesitz H. Haruna-Oelker

³ Foto: Archiv B.-V.Brahms

Sie sind Menschen wie wir sie überall finden, mit den gleichen Wünschen und Hoffnungen, dem Zugang zu einem friedlichen, menschenwürdigen Leben, in dem nicht das Recht des Stärkeren zählt, sondern soziale Gerechtigkeit und demokratisches Miteinander.

Sie wollen mit uns leben, nicht gegen uns. Deshalb gehören sie zu uns, sind Teil einer solidarischen Zivilgesellschaft.

Es ist geradezu absurd, Menschen aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan, die vor dem Terror des „Islamischen Staates“, Al Kaida oder der Taliban geflohen sind, als Handlanger dieser Terroristen zu denunzieren und für deren Gewaltanschläge in unserem Land verantwortlich zu machen.

Nicht die Menschen in den Flüchtlingsunterkünften sind das Problem, sondern diejenigen, die Geflüchtete bedrohen und angreifen.

Wir sagen mit aller Deutlichkeit:

Diejenigen, die gemeinsam mit Neonazis gegen Flüchtlinge auf die Straße gehen und in den sozialen Medien hetzen, sind keine »Asylkritiker« und auch keine »besorgten Bürger«. Es sind Rassisten.

Lassen wir uns nicht von ihren Parteien wie der AfD instrumentalisieren. Indem Rechtspopulisten und andere Rassisten Geflüchtete zu Verursachern sozialer Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft erklären, verkleistern sie den Blick auf die wahren Verantwortlichen.

Migrant*innen sind nicht verantwortlich für Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Wohnungsmangel, Notstand im Gesundheits- und Bildungswesen oder drohende Altersarmut.

Ein Blick in das AfD-Programm zeigt, dass die Deuschtümelei dieser Partei keine Lösung für diese Probleme anbietet. Im Gegenteil:

Der Rassismus wird gepaart mit Konzepten, die in allen o.g. Bereichen weitere Belastungen für sozial schwächere Mitglieder unserer Gesellschaft bedeuten.

Lassen wir uns nicht spalten, sondern treten wir gemeinsam ein für eine sozial gerechte Gesellschaft, in der jeder unabhängig von Hautfarbe, Religion oder Geschlecht gleichberechtigt sein Leben gestalten kann, in der weder rassistische noch soziale Diskriminierung Platz findet.

Deshalb bei den kommenden Wahlen:

Keine Stimme für Rechtspopulisten und Rassisten!